

T. A. B. nicht richten. Auf diesem Wege sei also eine Verständigung ausgeschlossen.

Herr Nassini ist nach Kenntnisnahme von der Resolution der Gehilfen der Meinung, daß die Gehilfenschaft eine Verständigung nicht wolle, denn es werde abermals den Prinzipalen eine achtstägige Frist gestellt, dies könne nicht als lokale Behandlung der Sache bezeichnet werden.

Herr Nassini legt den Standpunkt der Gehilfenschaft dar und führt aus, daß die Berliner 6000 Gehilfen sich mit diesem Entgegenkommen nicht befriedigt erklären könnten; heute, wo die übrige Arbeitererschaft bereits die neunstündige Arbeitszeit errungen, könnten die Buchdrucker darin nicht zurückbleiben.

Nachdem noch Herr Gash eine Verständigung auf dem Boden des Vorschlages der Gehilfen befürwortet, geben die Herren

Waesch und Friedrich ihrem Bedauern Ausdruck, daß der von den Prinzipalen ernst gemeinte Versuch, ein besseres gegenseitiges Verhältnis herbeizuführen, scheitern sollte. Es dürfte jedenfalls in absehbarer Zeit nicht wieder eine Gelegenheit zur Verständigung kommen, wie sie gegenwärtig gegeben sei. Herr Waesch erörtert dabei die Fristen, in welchen die Tarifverhandlungen stattfinden könnten. Die Wahl könnte bis zum 31. März geschehen, Anträge würden frühestens bis zum 15. April, spätestens bis zum 30. April zu stellen sein, die Tarifkommission könnte ehestens am 20. April, spätestens Mitte Mai tagen.

Herr Kommerzienrat Minthardt befürwortet gleichfalls eine Verständigung. Die Prinzipalsvertreter verlangten weiter nichts, als daß der legale Weg zum Austrag der Angelegenheit eingehalten werde, an den der Vorstand gebunden sei.

Dieser Standpunkt wird auch durch die Herren Lindenbourg und Osterrieth wiederholt vertreten und den Gehilfen nochmals eine Verständigung warm ans Herz gelegt.

Herr Gash erucht, den Gehilfenvertretern eine Entschleunigung von 10 Minuten zu gewähren, worauf

Herr Lindenbourg den Gehilfen zur Erwägung anheimgibt, 1. daß seitens der Prinzipale bezüglich der Vertreterwahl Zugeständnisse gemacht wurden und eine Verständigung herbeigeführt sei; 2. daß die Unmöglichkeit nachgewiesen wurde, heute materielle Zugeständnisse zu machen und die Einhaltung einer Frist von acht Tagen eingehen zu können; 3. daß sämtliche anwesenden Prinzipalsvertreter sich bereit erklärt haben, in ihren Kreisen dahin zu wirken, auf friedlichem Weg eine mäßige Verzögerung der Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung der Grundpositionen herbeizuführen. Damit sei von Prinzipalsseite das möglichste geschehen, eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Herr Kraus gibt hierauf noch die Erklärung ab, daß, nachdem seitens der Prinzipalität dem in dem Schreiben des Verbandsvorstandes zum Ausdruck gebrachten Ansuchen voll Rechnung getragen worden sei, auch die Stuttgarter Prinzipale, so sehr sie geneigt seien, den Wünschen der Gehilfen entgegenzukommen, zu weiteren Konzessionen sich nicht bereit finden lassen werden, er würde daher bedauern, wenn eine Einigung nicht erzielt werde.

Die Gehilfenvertreter ziehen sich zurück. Nach Wiedereintritt derselben bringt Herr Gash die folgende Resolution der Gehilfenvertreter ein:

„Die anwesenden Herren Prinzipalsvertreter erklären, daß in den unten bezeichneten Terminen der Antrag der Gehilfen auf Verzögerung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung anerkennend verhandelt und darüber beschlossen wird.

Die Annahme der verkürzten Arbeitszeit und der Lohnerhöhung wird nicht von der Annahme sonstiger Anträge seitens der Gehilfen abhängig gemacht.

Ferner erlassen die heute anwesenden beiderseitigen Vertreter eine Ansprache an die Prinzipalität, worin dieselbe eindringlich erucht wird, den Zustand bis zum Abschluß der Verhandlungen als Friedenszustand zu betrachten und keinerlei Maßregelungen an den Personalien vorzunehmen.

Solche Maßregelungen würden das Abkommen hinsichtlich machen.

Die Wahlen werden sofort ausgeschrieben und sind bis zum 25. März zu erledigen. Desgleichen sind Anträge bis zum 8. April zu stellen.

Am 15. April tritt die Tarifkommission zusammen.

Am 1. Mai tritt der beschlossene Tarif in Kraft.“

Die Prinzipalsvertreter eröffnen darüber eine besondere Besprechung und stellen in derselben die folgende Resolution fest, welche als letzte Erklärung der Prinzipale gelten soll:

„Der Vorstand des D. A. B. ist auf Grund seiner Aussagen nicht in der Lage, irgendwelche Zugeständnisse auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu machen, er muß vielmehr die Regelung darauf zielender Wünsche dem Tarifausschuß überlassen.

Dagegen erklärt sich der Vorstand bereit, dem Antrage der Gehilfenschaft auf Zusammentritt beiderseitiger Tarifvertreter zu entsprechen und setzt zu den vorzunehmenden Wahlen, Beratungen und Beschlußfassungen die folgenden Termine fest:

1. Die Gehilfenvertreterwahlen werden sofort durch das Einigungsamt des Gewerbegerichts der Stadt Leipzig ausgeschrieben und sind bis 25. März zu erledigen.

2. Anträge für den Tarifausschuß sind bis zum 8. April zu stellen.

3. Am 15. April tritt der Tarifausschuß der Prinzipale mit den gewählten Gehilfenvertretern unter Zustimmung von je zwei Vorstandsmitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Verbandes Deutscher Buchdrucker sowie von zwei Richterbandgehilfen-Vertretern — letztere sechs mit beratender Stimme — zu Verhandlungen in Leipzig zusammen.

4. Der zu vereinbarende Tarif hat, soweit nicht für laufende Werke und kontraktliche Verpflichtungen besondere Uebergangsbestimmungen seitens des Tarifausschusses getroffen werden, sofort nach Genehmigung durch die Hauptversammlung des D. A. B., jedoch spätestens bis 15. Mai d. J. in Kraft zu treten.

Die anwesenden Prinzipalsvertreter erklären für sich persönlich, in ihren Kreisen für eine mäßige Kürzung der Arbeitszeit und eine entsprechende Aufbesserung der Grundpositionen des Tarifs wirken zu wollen. Auch erklären sie sich bereit, die Prinzipalität von diesen Beschlüssen sofort in Kenntnis zu setzen und an dieselbe eindringlich das Ersuchen zu richten, den gegenwärtigen Zustand bis zum Abschluß der Verhandlungen als Friedenszustand zu betrachten und keinerlei Maßregelungen an den Personalien vorzunehmen. — Andererseits erklären die Gehilfenvertreter, ihrerseits dafür sorgen zu wollen, daß bis zu dem obenwähnten Schlußtermin Ausstände oder sonstige gewalttätige Auseinandersetzungen nicht stattfinden.“

Herr Döblin erklärt diese Bedingungen für die Gehilfen nicht annehmbar, insbesondere aber die Bestimmung, daß der zu vereinbarende Tarif noch der Genehmigung der Hauptversammlung des D. A. B. unterliege.

Herr Osterrieth motiviert den Standpunkt des Vorstandes nochmals unter Hinweis auf die für die Mitglieder des D. A. B. eintretende statutarische Verpflichtung, den Tarif einzuführen.

Herr Eisler tritt sodann noch in eine eingehende Besprechung der Resolution ein und hebt verschiedene Punkte hervor, an welchen die Gehilfenvertreter Anstoß nehmen müßten.

Die Resolution wird sodann sagweise durchberaten und nach zweifelhaftem Für und Wider in der in Nr. 31 des Corr. publizierten Fassung zu Stande gebracht.

Zum Schluß spricht der Herr Vorsitzende seine Freude darüber aus, daß es nach diesen Beratungen doch gelungen sei, eine Verständigung herbeizuführen und hofft, daß es dadurch möglich sei, für die Zukunft bessere Verhältnisse zu schaffen.

Herr Döblin erklärt, daß die Gehilfenvertreter die gleiche Befriedigung nicht empfänden, da sie weitergehendere Zugeständnisse erwarteten. Sie würden sich bemühen, die Zustimmung der Gehilfen zu erlangen, eine Verantwortung könnten sie aber nicht übernehmen, wenn man sich in einzelnen Kreisen damit nicht einverstanden erklären sollte.

Herr Lindenbourg richtet darauf an Herrn Döblin das Ersuchen, mit allen Kräften für die Anerkennung der getroffenen Vereinbarungen einzutreten; er sei überzeugt, daß es dem Einflusse der Gehilfenvertreter gelingen werde, die Abmachungen bei den Gehilfen zur Anerkennung zu bringen.

Diesen Ausführungen schließt sich auch Herr Kraus an. Nach Bestimmung der Maßnahmen zur Anrufung des Einigungsamtes und Berlesung des Protokolls wird die Sitzung gegen 11 Uhr abends geschlossen.

Korrespondenzen.

Annaberg, 16. März. Die heute hier abgehaltene, von Annaberg und Bärenstein zahlreich besuchte allgemeine Versammlung nahm nach einem einstündigen Referate des Gaudopfersers Stoy folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Zentralvorstandes in Bezug auf Tarifberatung einverstanden. Sie hofft, daß sich sämtliche Kollegen in Annaberg und Ilmgegend zur Hebung des Gewerbes dem Verband anschließen.“ Zwei Nichtmitglieder meldeten sich sofort zur Aufnahme.

- **Varmen.** Der „Leipziger Trompetenschuß“, der auch in hiesigen Buchdruckerkreisen ein so lebhaftes Echo fand und in Aldeutschlands Gauen eine geradezu ungeahnte Begeisterung hervorrief, wie hat er geendet? Um mit unserm Referenten, Kollegen Ewald Müller, zu reden: Die Geschichte ging aus wie das Hornberger Schlegel! Nachdem von der hiesigen örtlichen Tarifkommission bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen waren, nachdem man nur noch auf das letzte Kommandowort von oben wartete, da meldete uns denn das so feinsinnige und von verschiedenen Seiten auf der Post vergeblich geforderte Extrablatt des Corr., daß sich unsere Vertreter nach dreizehntägiger Verhandlung dazu herbeigelassen hatten, unsre so gerechte Sache „nur“ bis zum 15. Mai zu verschleppen. Es ist dem Berichterstatter nicht möglich, den geradezu deprimierenden Eindruck und die Entrüstung zu beschreiben, die durch diesen „Witz aus heiterm Himmel“ in unserm am 15. März abgehaltenen Buchdrucker-Versammlung zum Ausdruck kamen. Diese Verschleppungspolitik, wie sie in der letzten Leipziger Abmachung zu Tage tritt, wurde aufs Äußerstschlimmste verurteilt, noch schärfer aber wurde mit der geplanten Tarifgemeinschaft ins Zeug gegangen, jener erneuten Bildung eines „Wasserlopfes“, wie die nach dem letzten Streik unter so schweren Opfern fallen gelassene Tarifgemeinschaft damals von autoritativer Seite genannt wurde. Der Geist, der unsre vierstündige Versammlung durchwehte, kam in folgender,

einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck: „Die am 15. März tagende allgemeine Buchdrucker-Versammlung Warmens verurteilt entschieden die Stellungnahme der Gehilfenvertreter bei den Prinzipalsverhandlungen und deren Zustimmung zu der gefassten Resolution; ebenso erklärt sie sich gegen jede neue Tarifgemeinschaft. Da der Zusammentritt der zu wählenden Vertreter nicht rückgängig gemacht werden kann, so fordert die Versammlung, daß die Unterhandlungen nur auf Grundlage der Bewilligung der neunstündigen Arbeitszeit stattfinden können, andernfalls sind die Verhandlungen sofort abzubrechen.“

Berlin. Allgemeine Versammlung vom 16. März.* Etwa 2500 Buchdrucker füllten den großen Saal der Brauerei Friedrichshain, um den Bericht über die Leipziger Konferenz entgegenzunehmen. Nassini führte zu den bekannten Ergebnissen aus: Wenn die erforderlichen Gehilfenvertreterwahlen durch das Einigungsamt ausgeschlossen würden, so hätten die Vertreter der Gehilfenschaft an dem Beschlusse darauf eingehen können, weil dadurch eine wirkliche Wahl gesichert und eine gemachte Wahl verhindert werde. Auch habe man sich gesagt, daß die Mitwirkung der gesamten deutschen Gehilfenschaft an dem Werke der Tarifrevision erforderlich sei. Wenn eine weitere Frist zum Einbringen von Anträgen an den Tarifausschuß gesetzt sei, dann werde die Gehilfenschaft genügend Zeit haben, Anträge zu formulieren, die eine vollständige Umarbeitung des Buchdruckerartikels anstreben. Es müßten endlich einmal die ungeheuren Widersprüche aus dem Tarife hinausgebracht werden, die zu einer wahren Anarchie der Bezahlungs- und sonstigen Arbeitsverhältnisse im Buchdruckgewerbe geführt hätten. Auch müsse man an der Bezahlungsskala vom Jahr 1890 festhalten und das später betreffs der Lehrlinge in den Tarif hineingebrachte daraus entfernen. Eine Neuregelung im Tarife müsse ganz besonders auch die Bezahlung der Feiertage, der Ueberstunden und des Spedes erfassen. Als Nebner Punkt 4 der Resolution zur Berlesung brachte, monach der Tarif spätestens bis zum 15. Mai in Kraft treten soll, stimmte ein kleiner Teil der Versammelten, der den weiteren ruhigen Verlauf der Versammlung dann fortwährend durch Zwischenrufe und Lachen unterbrach, ein störendes Gelächter an. Nassini fuhr darauf fort: Es wäre ein großer Vorteil für die Gehilfen, wenn der D. A. B. in seiner Generalversammlung den Tarif acceptieren und dadurch eine obligatorische Verpflichtung aller Prinzipale herbeiführen würde. Allerdings ist es schmerzlich, daß die endgültige Erledigung der Tariffrage bis zum 15. Mai hinausgeschoben werden solle, jedoch vermesse man nicht, daß die Buchdrucker in der letzten Zeit überhaupt keinen vernünftigen Tarif hatten. Auch die Gehilfenvertreter auf der Konferenz seien mit dem Resultate sehr unzufrieden; es frage sich aber nur, was von längerer Dauer sei: das durch Streik oder das durch friedliche Vereinbarungen Errengene. Nebner schloß mit dem Ersuchen, daß sich die Versammlung wohl nicht auf den Boden der Leipziger Resolution stellen, aber doch den Versuch machen möge, durch Delegation von Tarifkommissionsmitgliedern eine friedliche Lösung anzustreben: nicht eine solche für den Augenblick, sondern eine dauernde! (Lebhafter Beifall.) — Winkelmann brachte eine dementsprechende Resolution ein und begründete dieselbe. An der neunstündigen Arbeitszeit, der 15prozentigen Erhöhung der Grundpositionen sei aber auf jeden Fall festzuhalten. Werde dies dann nicht gewährt, so setzen die Verhandlungen abzubrechen. An ein großes Resultat glaube er nicht. Ein allgemeiner Streik erforderte eine günstigere Zeit. (Allgemeiner Beifall.) Wentz verordnete sich dagegen, jetzt wieder in die alte Tarifgemeinschaft zu treten. Der Tarif solle immer nur auf ein Jahr festgesetzt werden. Kosemann: Die Gehilfenvertreter hätten nur die Wessung gehabt, am 10. März über die Forderungen zu verhandeln und am 11. das Resümee mitzutheilen, damit am nächsten Tage vorgegangen werden könnte, nicht aber die Erledigung bis zum 15. Mai hinausgeschleppen zu lassen. (Lachen, Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Nebner trat für eine Resolution Michaels ein, die für Proklamierung des Streiks ist. Nicht warten, sondern: Vorwärts! (Beifall bei der Minderheit der Versammelten.) Michaelis befürwortete des längeren seine Resolution. Bartels erklärte, die Karre sei in den Dred gefahren, es sei nichts mehr zu machen, auch augenblicklich nicht im Wege des offenen Kampfes, die Prinzipale hätten sich schon mit ihren Arbeiten vorgeesehen. Nebner spricht gegen die Delegation in die Tarifkommission. Raabe: Die Zeit vorzugehen, ist jetzt da. (Beifall bei der Minderheit.) Salomon: Jetzt in den Streik zu treten, würde einen Misfall bedeuten. Nehmen Sie meinen Antrag an, die Leipziger Resolution zurückzuweisen und in keine Wahl von Vertretern zur Tarifkommission einzutreten. Wenn der Verband sich nicht hinter Sie stellt, dann gründen Sie Lokalorganisationen. (Beifall bei einem Teile der Anwesenden. Kollege Döblin mahnt dazu, den ruhigen Verstand sprechen zu lassen und legte die Situation eingehend klar. Eine Dummheit wäre es, jetzt in der Zeit ungünstiger Geschäfts-konjunktur an einen Kampf zu denken. Auch die Gehilfenvertreter seien nicht zufrieden mit der Leipziger Resolution und hätten das offen erklärt. Das Gefühl der Verantwortlichkeit und das Pflichtbewußtsein habe ihn bei seinen Entschlüssen in Leipzig geleitet. Wollte man nicht ganz resultatlos die Stadt wieder ver-

* Wir berichten über die Versammlung der Gehilfenschaft wegen nach dem Berichte des Vorwärts und tragen etwaige Abänderungen aus dem noch anstehenden besondern Bericht eventuell später nach.

lassen, so habe man wohl oder übel die letzten Vorschläge der Prinzipale betreffs weiterer Verhandlungen acceptieren müssen. Uebrigens seien verschiedene Erfolge zu begrüßen gerade betreffs der Art der in Aussicht stehenden Verhandlungen. Wer etwas anderes wollte, der möge die Verantwortung dafür auch tragen. (Lebhafte Beifall.) Es sprachen noch Rosenbergs, K. Neumann und Balzer gegen, Giesecke für das Eintreten in die Tarifverhandlungen, letzterer unter großem Beifalle. Nach einem durchschlagenden Schlusssatz wurde unter tumultuarischen Szenen die Resolution Hinfelmanns gegen 100 Stimmen angenommen. Sie lautet: „Die Versammlung erklärt sich mit der in Leipzig gefassten Resolution nicht einverstanden. Sie hält nach wie vor an der neunstündigen Arbeitszeit und der fünfzehnprozentigen Erhöhung der Grundpositionen fest. Um jedoch zu einem Resultat zu gelangen, beschließen die Versammelten, in die Wahl von Vertretern zur Tarifkommission einzutreten und von dem Ergebnisse der Tarifberatung ihre weiteren Schritte abhängig zu machen.“ Als Kandidat für den Kreis Brandenburg wurde Giesecke, als Stellvertreter Bachs aufgestellt.

t. Darmstadt, 16. März. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung referierte Gauvortischer Naas über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: Die Versammlung stellt sich vollständig auf den Boden der Leipziger Resolution, sie ist, wenn auch nicht völlig befriedigt von den zwischen Prinzipalen und Gehilfen in Leipzig gepflogenen Verhandlungen, doch erfreut, daß eine Anregung auf Besserung der gegenwärtig unbilligen Zustände im Buchdruckgewerbe gegeben worden ist und ist gewillt, die anhängig gemachten Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs mit allen Kräften durchzusetzen. Die zahlreich besuchte Versammlung nahm ferner die Wahl von drei Kollegen aus dem Bezirksvereine vor, welche mit den hiesigen Prinzipalen in Zukunft verhandeln sollen, um die Bewegung in die richtigen Wege zu leiten. Eine demnächst stattfindende Versammlung der Mitglieder der „Freien Vereinigung“ wird ebenfalls vier Kollegen bestimmen, welche in diese Kommission eintreten.

**** Dortmund.** In der am 14. März abgehaltenen Ortsvereinsversammlung, die sehr gut besucht war, wurde das Ergebnis der Leipziger Verhandlungen zur Diskussion gestellt. Die Versammlung drückte einstimmig den Wunsch aus, daß die Grundlage der zukünftigen Verhandlungen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit sein möge.

1. Görtz. Die am 15. März abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Versammlung war von Verbands- und Nichtverbandsmitgliedern, worunter die des G.-B. stark vertreten waren, durch 80 Gehilfen besucht. Gauvortischer Schlag referierte in bekannt vorzüglicher Weise. Die Ansicht der Versammlung über die Einigungsbeschlüsse der Prinzipale und Gehilfenvertreter kam nach der sich anschließenden Diskussion, in der sich sämtliche Redner für ein einmütiges, geschlossenes Vorgehen aussprachen, durch folgende einstimmig angenommene Resolution zum Ausdruck: Die heutige, sehr zahlreich besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung spricht ihr Mißfallen darüber aus, daß bei der Tarifverhandlung am 11. März in Leipzig für die Gehilfen so wenig günstige Erfolge erzielt wurden. Versammlung erklärt sich vorläufig mit den Abmachungen einverstanden, wünscht aber, daß bei den am 15. April stattfindenden Beratungen des Tarifauschusses an der Einführung des neunstündigen Arbeitstages festgehalten wird und erwartet von den Prinzipalvertretern, daß sie dieser Forderung unbedingt Nachachtung tragen. Außerdem beantragt die Versammlung die Erhöhung des Lokalaufschlages für Görtz von 5 auf 10 Prozent. Anschließend daran wurde ferner beantragt: Eine örtliche Tarifkommission aus drei Verbands- und drei Nichtverbandsmitgliedern zu wählen, welche die weiteren Verhandlungen mit den Prinzipalen zur gegebenen Zeit einleitet und sich auch mit den nötigen Mitteln und Wegen über die Befähigung der Lehrlingswirtschaft — speziell der E. Mundschens Buchdruckerei — beschäftigt. Genannte Druckerei hat bei zwölf Gehilfen zwanjgige Lehrlinge und der Inhaber gebeknt diese Schar zu Osnern noch zu vermehren. In die Kommission wurden die Kollegen Smolinski, Steiner, Fesselbarth, Wendler, Müller und Günther gewählt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. Fortsetzung dieser Korrespondenzen in der Beilage.

r. Arnstadt i. Th. Den hier beschäftigten 17 Gehilfen stehen 20 Lehrlinge gegenüber. Dieses Personal verteilt sich wie folgt: Hütner 5 Geh., 6 Lehr., Buchjäger 4 Geh., 5 Lehr., Frotischer 5 Geh., 5 Lehr., Papierfabrik 1 Geh. und Bahne 2 Geh., 4 Lehr. Von den 17 Gehilfen gehören 10 dem Verband an, mit den übrigen „Auch“-Kollegen ist absolut nichts zu wollen, sie sind weder für den Verband noch viel weniger für den G.-B. zu haben. Die Entlohnung ist zum größten Teil unter Tarif; die Löhne variieren zwischen 15 bis 24 M. Die Arbeitszeit ist in allen Druckereien eine zehnstündige. Ueberhunden werden in 3 Druckereien bezahlt, jedoch nur zum Tagesverdienst. In der hiesigen Druckerei werden deren wenige gemacht, aber gar nicht bezahlt, auch ist daselbst den zu Osnern auslernenden Lehrlingen das Lesen des Corv. verboten, woran sich diese wohl kaum kehren werden. Vorläufig ist derselbe allerdings nur in 3 Exemplaren vertreten, ein Zeichen, daß

hier noch viel zu wünschen übrig bleibt. Vielleicht trägt die jetzige Bewegung dazu bei, diese Verhältnisse zu bessern.

Göttingen. In der am 22. Februar abgehaltenen Versammlung erfaßte der Vorstand Bericht über das Jahr 1895. Der Besuch in den zehn Versammlungen ließ oft zu wünschen übrig. Mitgliederstand des Bezirkes am 1. Januar 1895: 52; am 31. Dezember 1895: 54. Einnahme einchl. 2300 M. Zuschuß 5842,06 M.; Ausgabe (906,70 M. an den Gauassessor abgehänd.) 5488,66 M.; davon für 6 Arbeitstöße 193 Tage = 193 M., 423 Reisende 2726 Tage = 2403,25 M., 17 Kranke 637 Tage = 958,40 M., 3 Invaliden 750 Tage = 750 M., an 22 ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder 44 M., Begräbnisgeld 100 M. Die Ortskasse hatte eine Einnahme von 261,90 M. und eine Ausgabe von 154,80 M., Kasseeinstand am 1. Januar d. J. 107,10 M. Aus der 165 Bände zählenden Bibliothek wurden von 23 Mitgliedern 76 Bände entliehen. — Auf Antrag des Vorstandes wurde in der Versammlung vom 18. Januar beschlossen, vom 1. April ab für den Ortsverein den Korrespondenten obligatorisch einzuführen und zwar für je zwei Mitglieder ein Exemplar. Hossentlich trägt dieser Beschluß dazu bei, daß manche Mitglieder, die mit der Zahlung ihrer Beiträge den Pflichten unsrer Organisation gegenüber genügt zu haben glauben, aus ihrer Teilnahmslosigkeit am Vereinsleben aufgerüttelt werden.

Ks. Gumburg. Am 8. d. M. fand die ordentliche Generalversammlung unsers Vereins statt. Vorsitzender F. E. Schulz teilte mit, daß seit 16. v. M. 12 Aufnahmen vollzogen wurden. Von den ihm zur Verfügung gestellten 500 M. für die Konfektionsarbeiter und Korbmacher hat der Vorstand 300 M. an das Kartell abgeführt und 100 M. für die Kottbuser Textilarbeiter bewilligt. Nach Erledigung der Jahresgeschäfte verlas ein Mitglied Sätze aus der letzten Nummer des Typ., welche an Verdrehungen und Entstellungen in betreff unsrer Bewegung nichts zu wünschen übrig ließen; ebenfalls hatte der Sekretär der hiesigen Innung, Herr Köhler, in seinem Bericht über die allgemeine Versammlung vom 1. d. M. eine Keußerung Döblins geradezu in das Gegenteil verandelt. Die Versammlung sprach denn auch in gebührender Weise ihr Urteil hierüber aus. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben: Die Allgemeine Kasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 41836,75 M., jetziger Vermögensstand 20879,35 M.; die Witwenkasse mit 59651,11 M., Vermögensstand 50953,16 M., der Wohltätigkeitsfonds erzielte 894,45 M. Einnahme, verausgabte an Unterstüpfungen 825 M., es wurden gezahlt an 837 Durchreisende 4925,95 M., davon 3671,95 M. aus Verbands- und 1254 M. aus Ortsmitteln. Unterstüpfung an Arbeitstöße wurde gezahlt 11543 M. Es fanden 2 General- und 5 Versammlungen statt. Im Gewerkschaftskartell sind wir durch 5 Delegierte vertreten. Neu eingetreten 70, wieder eingetreten 17, zugereist 121, vom Militär 19, abgereist 115, zum Militär 21, ausgestreuten 6, ausgeschlossenen 12, invalide wurden 2 Mitglieder. Zahl der Witwen 74, gestorben 13, darunter 4 Invaliden. Konditionslos waren 562 (1894: 593) Mitglieder 17320 Tage (1894: 19003). Krank 394 Mitglieder 13269 (1894: 323 = 12028). Mitgliederzahl Ende 1895 940 M. Der Arbeitsnachweis des Vereins funktioniert nach Anlage der Fernsprechstelle ausgezeichnet und wurde von hier sowohl wie auch aus der Provinz recht rege benutzt. Es waren einchl. der Durchgereisten (837) 1488 Arbeitsangebote gemeldet, denen 610 Stellenangebote gegenüberstanden. Von letzteren wurden dem Nachweise 334 durch Fernsprecher übermittelt. Die Bibliothek wurde von 253 Mitgliedern (darunter 13 aus dem Ortsvereine) Bandschl. mit 78 Bänden) und 78 Lehrlingen benutzt. Zur Ausgabe gelangten 4577 Bände. Die Bibliothek umfaßt 3025 Bände.

Marburg. Das abgelaufene Geschäftsjahr 1895 war für den hiesigen Bezirk ein ebenso ruhiges wie das vorhergegangene. Auch die Zahl der Mitglieder erfuhr keine wesentliche Aenderung; sie betrug am Anfange des Jahres 36, am Schlusse 37. Es fanden im ganzen neun Vereinsversammlungen, welche von durchschnittlich zwei Dritteln der Mitglieder besucht waren, und zwei Vorstandssitzungen statt. Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme von 2572,47 M. und eine Ausgabe von 2396,95 M. Die hiesige Jahreshilfe wurde von 242 Reisenden berührt, darunter 144 mit weißer, 98 mit grüner Legitimation. — Von einer lokalen Feier des Johannistages wurde im vergangenen Jahr Abstand genommen, da eine Anzahl der Mitglieder an dem von den Bezirken Kassel, Gießen, Marburg und Göttingen in Kassel veranstalteten gemeinschaftlichen Johannistage teilnahmen. An sonstigen Festlichkeiten fand noch im November das übliche Herbstvergüngen statt. Das wichtigste Vorkommnis des letzten Jahres war die im Oktober erfolgte Errichtung einer Arbeitlosen-Zuschusskasse seitens des Bezirkes, welche einen wöchentlichen Zuschuß von 2 M. gewährt, so daß derselbe nunmehr mit dem seitens der Gaukasse gewährten Zuschuß (1 M.) 3 M. beträgt. — Außerhalb Marburgs konditionierte eine Nr. in Siedentopf vorübergehend ein Mitglied; sonst hatten wir in den übrigen zum Bezirke gehörenden Orten auch in diesem Jahre keine Mitglieder. Es kommen hier auch ausschließlich kleine Orte und diese sind mit ihrem nicht weniger als glänzenden Lohn anscheinend sehr zufrieden.

s. Wesen, 15. März. Die diesmalige Tarifbewegung muß in manchen Prinzipalstrecken einen niederschmetternden

Eindruck hervorgerufen haben, namentlich in solchen, deren Gewissen in derartigen Angelegenheiten etwas belastet erscheint. Hier wurde plötzlich in der Hofbuchdruckerei von Decker & Co. (Verlag der freisinnigen Posener Zeitung) von den derzeitigen Verwaltern (die Besitzerin ist seit längerer Zeit erkrankt), dem Sohn und Schwagersohne, dem Personal ein Zirkular zur Unterschrift vorgelegt, wonach sich die dort Konditionierenden bei hoher Konventionalstrafe verpflichten sollten, innerhalb eines Jahres nicht zu kündigen; das Geschäft hat natürlich jederzeit das Recht, den einen oder andern an die Luft zu setzen (gesegwidrig, Red.). Auf diese Weise glaubt man, allen Tarifstreitigkeiten aus dem Wege zu gehen. Das klingt echt freisinnig. Fast jede Woche erscheinen auch in dieser Zeitung Inserate, nach welchem „Tüchtige Schriftsetzer, R.-B.“ gesucht werden, die aber eben so schnell verschwinden wie sie gekommen, nachdem sie einen Einblick in die sichere und angenehme Lebensstellung gewonnen haben. — Die Geschäftslage hier ist günstig, kein Konditionslofer ist gegenwärtig vorhanden; hoffentlich bringt uns die Tarifbewegung ebenfalls eine Verbesserung unsrer Existenz, da hier ein Lokalaufschlag in dem teuren Posener schon seit vielen Jahren nicht mehr existiert.

Stimmzettel zur Tarifvertreterwahl.

Auf verschiedene Beschwerden, daß für die einzelnen Druckereien eine zu geringe Zahl von Stimmzetteln ausgegeben worden seien, ist eine Kassexendung von Zetteln an die in Nr. 21 des Corv. publizierten Adressen von Gehilfenfunktionen erfolgt. Fehlende Stimmzettel sind also bei den bekannten Vereinstellen in jenen 150 Orten für die Wahlberechtigten zu erhalten.

Die Absendung der Stimmzettel muß spätestens am 24. März stattfinden. Stimmzettel, die nach dem 25. März in Leipzig eintreffen, bleiben unberücksichtigt. Es ist gefastet, von einer Sammelkassette aus die Stimmzettel gemeinsam abzusenden, doch sollen die Druckereipächter für sich im Concert abgeschlossen bleiben.

Kundschau.

Buchdruckerei und Verbands.

Die Zeitschrift f. D. B. erfüllt in ihrer neuesten Nummer die am 11. März prinzipalseitig eingegangene Verpflichtung, den Buchdruckerbesitzern von Maßregelungen abzuraten, die manche Herren überboten in bewegten Zeiten glauben vornehmen zu müssen und damit regelmäßig Öl ins Feuer gießen. Auch jetzt hat man bereits an einzelnen Orten über die Stränge gebauen. Da kommt die Abmahnung gerade recht. Das Blatt, welches zu besagtem Zweck allen Prinzipalen Deutschlands zugestellt wird, enthält erstens eine Bekanntmachung des Vorstandes des D. B. B., die im wesentlichen die Resolution der Konferenz bekannt gibt, daran die Bemerkung knüpfend, daß selbe Abmahnung im Interesse der Aufrechterhaltung der tariflichen Ordnung und des gewerblichen Friedens getroffen wurde. Die Herren Buchdruckerbesitzer möchten auch ihrerseits zu einer friedlichen Lösung der Tarifangelegenheit beitragen. Unterzeichnet sind bis auf Herrn Heimann-Köln sämtliche Mitglieder des Vorstandes. In einem Artikel zur Tarifbewegung wird des weitern der Waffeneruhe das Wort geredet. Die Bewegung sei auf friedliche Bahnen geleitet und werde voraussichtlich in denselben verbleiben. Prinzipale und Gehilfen könnten mit den Leipziger Verhandlungen zufrieden sein, die Vermeldung des stets bedauerlichen Kampfes komme beiden Teilen zu gute. Man solle nun die Tarifanträge diskutieren. „Wenn wir uns auch dem Zugehörnisse dieser modernen Anforderung (Verkürzung der Arbeitszeit) ebensovienig auf die Dauer werden entgegen können wie 1873 dem der Alphabetberechnung, die sich entschieden bewährt hat, so wird doch über das Maß der Verkürzung gesprochen werden müssen, das Großstadt wie Provinz ohne wesentlichen Nachteil ertragen können.“ Am Schlusse des Artikels wird noch appelliert, daß die deutschen Buchdruckerbesitzer den Frieden und Entgegenkommen gegen die Gehilfen ausbrückenden Standpunkt ihrer bei der Beschließung der Leipziger Resolution beteiligten Vertreter teilen möchten. Obwohl das Wort „Entgegenkommen“ nur sehr verhältnismäßig für die Stellungnahme der Herren Konferenzteilnehmer angewendet werden kann, wollen wir doch die erste Absicht anerkennen, gewisse heßbügliche Herren davon zurückzuhalten, die Lunte ans Pulverfaß zu legen.

Eine von unseren Mitgliedschaften nicht wenig gehaltene Bekümmert scheint nach den verschiedensten Korrespondenzen und Versammlungsberichten zu schließen der Typ. zu sein. Da meinen wir denn, daß das Auch-Gehilfenblatt besonders angeht seiner neuerlichen schosfen Haltung in der Tariffrage einer solchen Unterstützung wahrhaftig nicht wert sei und fänden es weit begrifflicher, wenn unsere Kollegen die Sorge um die Existenz dieses Papiers ruhig dessen Gesinnungsgenossen überließen. Jetzt

